

Haushalt 2009

Aussagen der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine zum Haushalt 2009 am 31. 03. 2009

-es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
meine Damen und Herren,

die Aufstellung eines Haushaltsplanes ist in jedem Jahr eine große Anstrengung und Herausforderung. Dies gilt insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Die Arbeiten zum Haushaltsplan 2009 waren zusätzlich durch zahlreiche Veränderungen in der Ausgangslage und durch neue aber unvollständige Regelungen geprägt. Ich denke hier insbesondere an die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Konjunkturpakete I und II.

Auch die politischen Gremien waren hiervon stark betroffen. Gesicherte Grundlagen für eine solide Beratung der Haushaltsansätze gab es nicht bzw. nur sehr kurzfristig. Auch jetzt sind noch einige Fragen nicht abschließend geklärt.

In diesem Zusammenhang muss den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ein besonderer Dank ausgesprochen werden. Mit hoher Professionalität, enormen Einsatz und steten Bemühen um vollständige Transparenz wurde nicht nur Unmögliches sondern auch Wunder wurden sofort erledigt. Nach Beurteilung durch die SPD-Fraktion war dies nur möglich, weil das Betriebsklima in der Verwaltung stimmt. Eine Voraussetzung für ein derartiges betriebinternes Klima ist ein kooperativer Führungsstil der Vorgesetzten, die jeden einzelnen Mitarbeiter und jede einzelne Mitarbeiterin wertschätzen und motivierend Einfluss auf die unterschiedlichen Arbeitsprozesse nehmen. Deshalb gilt im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung und der partnerschaftlichen Begleitung in den politischen Beratungen neben den jeweiligen Produktverantwortlichen der Bürgermeisterin Frau Dr. Angelika Kordfelder und dem Kämmerer Herrn Werner Lütkemeier unser besonderer Dank.

Danken möchten wir der Verwaltung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Tochterunternehmen der Stadt auch für die Bemühungen um den Klimawettbewerb Klimakommune NRW. Wir sind unter den TOP 5 in NRW. Wir haben drei Leitprojekte auf dem Weg gebracht, die unsere Stadt klimapolitisch weiter nach vorne bringen und zukunftsweisend aufstellen. Diese Dinge wollen und werden wir auch zukünftig umsetzen. Hierfür erwarten wir zu Recht auch die Unterstützung des Landes NRW, wenn das Land NRW den Klimagedanken ernst nimmt. Die SPD-Fraktion wird auch zukünftig alle umsetzbaren Maßnahmen zum Umwelt- und zum Klimaschutz unterstützen.

Dank gilt es auch allen Beteiligten auszusprechen, die dazu beigetragen haben, dass 39 Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt umgesetzt wurden, das Einzelhandels- und Zentrenkonzept fortgeschrieben wurde und die

Wirtschaftsförderung weiter ausgebaut werden kann. Die Wirtschaftsförderung durch die Tochtergesellschaft EWG wird ihren Beitrag dazu in den neuen Räumen des Wirtschaftskontors sicher noch besser als bisher leisten können. All diese positiven Beispiele für Engagement und Kompetenz eines jeden Mitwirkenden konnten nur durch partnerschaftliches und faires Verhalten der jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den unterschiedlichen beteiligten Dienststellen, Gesellschaften, Unternehmen und sonstigen Organisationen erzielt werden.

Wünschenswert wäre dieser partnerschaftliche Umgang auch in den politischen Gremien und beim Umgang der Politik mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. So werden nach unserer Auffassung Vorwürfe an Verwaltungsangehörige, dass sie keine oder unzureichende Kenntnisse hätten, deren Fachkompetenz und deren Engagement nicht gerecht. Beispielhaft wurden nach unserer Meinung solche Behauptungen im Rahmen der Bewertung von Immobilien im NKF-Prozess und im Zusammenhang mit Stadtmarketing geäußert. Wir alle hier im Rat der Stadt Rheine sollten uns der Werte unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung stets bewusst sein. Diese umfasst neben vielen anderen Aussagen auch die Beachtung der Würde des Menschen, wie sie in Art. 1 Abs. 1. des Grundgesetzes verankert ist. Artikel 1 GG verpflichtet u. E. auch Mitglieder des Rates einer Kommune, mit der Aussage: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.". Im Umgang mit dem politischen Kontrahenten und insbesondere mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung bedarf es in jedem Einzelfall einer kritischen Würdigung zu einer geäußerten Meinung, einer Planung oder Konzeption der gebotenen Fairness, so dass der andere nicht in seiner Persönlichkeit herabgesetzt und zum Objekt degradiert wird. Wir von der SPD unterstützen deshalb die Bemühungen der Verwaltung zur Entwicklung und Umsetzung eines Unternehmensleitbildes und den hier im Rat der Stadt Rheine vertretenen Parteien bieten wir ausdrücklich Gespräche zu einem Wahlkampfabkommen an. Vor den Zeiten einer absoluten Ratsmehrheit einer Fraktion hat es solche Vereinbarungen schon gegeben. Wir würden ein solches Übereinkommen moderiert durch den Wahlleiter Herrn Jan Kuhlmann begrüßen.

Bevor ich für die SPD-Fraktion auf einige Haushaltsansätze eingehe, sind Aussagen zur finanziellen Ausgangslage erforderlich. Die positive Konjunktur im Verlauf des Jahres 2008 wurde durch die weltweite Finanzkrise und der sich anschließenden Wirtschaftskrise im letzten Quartal 2008 jäh gestoppt. Die Auswirkungen werden sich auch auf der Einnahmenseite der Stadt Rheine zeigen. Alle Bemühungen von Rat und Verwaltung die Kosten für die vielfältigen Aufgaben zu senken stoßen an ihre Grenzen. Es bleibt die Feststellung zu treffen, dass wir immer noch mehr Geld ausgeben, als wir durch Steuern, Zuwendungen durch das Land oder den Bund, Gebühren und sonstigen Einnahmen erzielen. Auch uns in Rheine bleibt bald nur die Alternative der zusätzlichen Aufgabenreduzierung oder der Finanzmittelsteigerung. Eine weitere Aufgabenreduzierung dürfte jedoch erhebliche Verwerfungen im Gefüge unserer Stadtgesellschaft auslösen und sich deshalb verbieten. Einnahmeverbesserungen z. B. durch Abgaben- und Gebührenerhöhungen kann auch niemand ernstlich wollen. Im laufenden Jahr sind sicher auch die städtischen Ausgaben als antizyklische Mehrausgaben zu verstehen, um konjunkturunterstützende Effekte zu erzielen.

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Konjunkturpaketes II ist das Land NRW einen Schritt auf die Kommunen zugegangen. Der finanzielle Anteil für die Kommunen wurde deutlich höher angesetzt, als dies in der Vereinbarung zwischen den Ländern und dem Bund festgelegt wurde. Wir von der SPD bewerten dies als erste Erkenntnis der Landesregierung und der sie tragenden Landtagsfraktionen von CDU und FDP, dass die Aufteilung und Verteilung der Finanzausgleichsmasse im Steuerverbund zu Gunsten der Kommunen weiterentwickelt werden muss. Wie dringend hier Handlungsbedarf besteht zeigen die durch das Land herbeigeführten finanziellen Veränderungen zum Nachteil der Kommunen seit 2006. Sie belaufen sich auf rund 1,845 Milliarden Euro. Diese Feststellung möchte ich mit ein paar Beispielen verdeutlichen:

Wegfall der Grunderwerbsteuer jährlich seit 2006 ca. 540 Mio. Euro,

Abschlag auf den Verbundsatz (23 %) um 1,17 % ca. 402 Mio. Euro,

Kürzung der Förderung der Betriebs- und Investitionskosten für Kindergärten ca. 87,5 Mio. Euro,

Kommunalisierung der Umweltverwaltung, mit Mehrkosten für die Kommunen in 2008 und 2009 von ca. 24 Mio. Euro,

Kappung der Haushaltsmittel „Frau und Beruf“ seit 2006, ca. 9 Mio. Euro,

Streichung der Mittel für unabhängige Beratungsstellen für Arbeitslosen, ca. 4,9 Mio. Euro,

Verdoppelung des kommunalen Anteils an den Krankenhausinvestitionen seit 2007, ca. 330 Mio. Euro.

Es gilt deshalb die Aussagen des Bundesverwaltungsgerichts in seinen Entscheidungen aus den Jahren 1998 und 2006 ((BverwGE 106, 280 (287), und BverwGE 127, 155 (157)) zu beachten:

„Eine aufgabenadäquate Finanzausstattung setzt voraus, dass die gemeindlichen Finanzmittel ausreichen, um den Gemeinden die Erfüllung aller zugewiesener und im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung auch die Erfüllung selbst gewählter Aufgaben zu ermöglichen. Die Gewährleistung dieser Finanzausstattung wird durch den neuen Art. 28 Abs. 2 Satz 3 GG nicht nur deklatorisch bestätigt, sondern auch materiell-rechtlich verstärkt.“

Frau Bürgermeisterin,

Kolleginnen und Kollegen des Rates,

meine Damen und Herrn,

das Wappen der Stadt Rheine stellt einen goldenen Schild dar, der von einem roten Band mit drei sechsstrahligen auf eine Spitze gestellten goldenen Sternen durchquert wird.

Anhand von drei in kommunaler Verantwortung bzw. Mitverantwortung liegenden Aufgabengebieten möchte ich die Positionen der SPD zum städtischen Haushalt darstellen. So wie das Wappen von Rheine nicht nur aus den drei Sternen besteht, so gibt es auch im städtischen Haushalt viele Bereiche, die ebenfalls angesprochen werden könnten. Die drei folgenden Aspekte sind nach Auffassung der SPD-Fraktion in ihrer Vernetzung drei systemrelevante Aufgaben. Sie haben untereinander und mit anderen kommunalen Verantwortungsbereichen Schnittmengen. Die Überschneidungen sind zum Teil sogar als groß zu bezeichnen.

Ich möchte eingehen auf:

Rheine als soziale Stadt,

Rheine als familienfreundliche Stadt und

Rheine als bildungsorientierte Kommune.

Eine soziale Stadt ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn das Grundrecht der Chancengleichheit gewährleistet wird. Niemandem darf der Zugang, die Möglichkeit des sozialen „Aufstiegs“ verwehrt werden, weil er eine andere Hautfarbe hat, einen anderen Glauben oder keinen Glauben besitzt, ein körperliches oder geistiges Handicap ihn behindert oder in einer anderen Stadt als Rheine geboren wurde. Nicht nur deswegen ist es sinnvoll und richtig, dass sich Rheine auch als europäische Stadt einbringt, sei es durch die Städtepartnerschaften, im Verbund der Euregio oder als Gastgeber für die Zusammenkunft von Bürgermeistern aus Europa, um u. a. Beratungen zu gemeinsamen Strategien in Sachen Klimaschutz zu diskutieren. Für die SPD sind die sozialen Auswirkungen bei allen Veränderungsprozessen und in allen Bereichen kommunaler Politikgestaltung zu untersuchen und zu berücksichtigen. Rheine als soziale Stadt umfasst somit mehr, als im Zuständigkeitsbereich des Sozial-Ausschusses beschrieben wird. Von Seiten der SPD-Fraktion wurden Anträge zur Gestaltung der sozialen Bedingungen in den Rat bzw. in die unterschiedlichen Ausschüsse eingebracht. Erinnerung sei an dieser Stelle an die Forderung nach einem Altenhilfeplan oder dem Begehren jedem Kind ein Instrument zur Musikförderung zur Verfügung zu stellen. Ebenso wären die Bemühungen zu nennen, dass über Bildungslotsen die Integration von Zuwanderern verbessert wird. Damit verknüpft ist natürlich, dass wir auch das Potential dieser Personen für uns und eine positive Entwicklung nutzen wollen.

Zur sozialen Stadt ist sicher auch das Sportangebot zu zählen. Die unterschiedlichen positiven Auswirkungen müssen hier und jetzt nicht hervorgehoben werden. Wegen dieser Fakten, die das Leben in Rheine an der Ems bereichern hat die SPD Verbesserungen für die Vereine mit eigenen Sportanlagen gefordert. Mit den erreichten günstigeren Förderbedingungen geben wir uns nicht zufrieden. Wir sind davon überzeugt, dass zum Wohle der Stadt Rheine weitergehende Unterstützungsmöglichkeiten eingeführt werden müssen.

Ein besonderes Beispiel für die Überschneidungen der Bereiche soziale Stadt, familienfreundliche Stadt und Bildungsstandort ist die Sporthalle an der Euregio-Schule. Oft wird die Feststellung, dass Toben schlau macht zitiert. Die Häufigkeit der Erinnerung daran, dass Bewegung Stress und Lernstress abbaut, kann aber nicht nur auf die Schule bezogen werden. Durch sportliche Betätigung können auch

Situationen zur Steigerung des Selbstvertrauens erlebt werden, die Stärkung der Teamfähigkeit ist insbesondere bei Mannschaftssportarten deutlich erkennbar und Sport verlangt immer Training, Konzentration und Einsatz um die Bewegungsabläufe zu verinnerlichen, fördert also die Disziplin. Sport begünstigt deshalb nicht nur die kognitiven Fähigkeiten, sondern auch das Erlernen und die Beachtung sozialer Kompetenzen. Die Euregio-Sporthalle, wie alle städtischen Sporteinrichtungen, steht nach dem Schulbetrieb zu Trainingszwecken den Vereinen und damit den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zum Breiten- und Wettkampfsport zur Verfügung. Maßnahmen zur Gesunderhaltung und zum Wohlfühlen werden dadurch gefördert und dies ist sicher eine soziale und familienfreundliche Feststellung. Durch die Gestaltung der neuen Euregio-Sporthalle und dem Einsatz moderner Techniken bei der Heizungsanlage und bei der sonstigen Ver- und Entsorgung mit Wärme, Strom und Wasser wird zusätzlich ein positiver Beitrag zur umweltfreundlichen Kommune geleistet. Die SPD Fraktion hat von Anfang an darauf gedrängt, dass die Euregio-Sporthalle eine hohe Priorität hat und klimaschonende Technologien eingesetzt werden.

Als familienfreundliche Stadt kann sich eine Kommune nur bezeichnen, wenn sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht bzw. fördert und alle Generationen gemeinsam in Prozessen der Selbstverwirklichung die Stadt in der sie wohnen als Heimat erkennen und erleben. Neben vielen anderen Anträgen versucht die SPD-Fraktion diesen Leitgedanken stets im Blick zu behalten. Wir freuen uns deshalb, dass Bemühungen zur Früherkennung von Kindesgefährdungen auf Zustimmung gestoßen sind und die Vorstellung, dass jedes Kind den Anspruch auf eine warme Mahlzeit hat als Ziel ebenso von allen demokratischen Kräften in Rheine mitgetragen wird. Der Ausbau der Angebote zur Betreuung von Kindern vor Vollendung des dritten Lebensjahres ist für uns eine positive Entwicklung. Auch die Projekte im und vom Mehrgenerationenhaus sind als positive Beispiele einer familienfreundlichen Stadtentwicklung zu benennen.

Kulturelle Angebote, die zu eigenen Aktivitäten motivieren und die individuelle Kreativität fördern, aber auch Angebote, deren „reiner“ Konsum den Menschen die Möglichkeit bietet, sich vom Stress des Alltags zu erholen, sind integraler Bestandteil einer sozialen, familienfreundlichen und bildungsbewussten Kommune. Kulturelle Angebote sollen bzw. müssen vielfältig sein. In der Kultur aktiv eingebundene Personen und solche, die diese Ereignisse, Ausstellungen und Konzerte „nur“ konsumieren, finden dabei Erholung, kreative Impulse und Quellen der Kraft, um die Aufgaben in Familie und Beruf besser in Einklang bringen zu können. Wir von der SPD-Fraktion sind deshalb der Überzeugung, dass die Kulturangebote als Teil eines umfassenden Stadtmarketings sicher zumindest teilweise von der Verwaltung organisiert und getragen werden müssen. Neben der so durch die Verwaltung organisierter Kulturarbeit bedarf es auch freier Kulturschaffender. Der freien Kulturarbeit müssen Möglichkeiten zur Präsentation ihrer Angebote gegeben werden. Wir sind davon überzeugt, dass mit städtischer Unterstützung die Angebotsvielfalt gesteigert werden könnte und Rheine insgesamt noch bunter und für alle Kulturbereiche noch interessanter wäre.

Dass Bildungsmöglichkeiten grundlegende Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Gesellschaft sind, muss u. E. niemandem vertiefend dargestellt

werden. Umso besser ist es deshalb, dass hier in Rheine die Entwicklung in die richtige Richtung verläuft.

So haben Betreuungsmöglichkeiten für Kinder bis zur Einschulung nicht nur den Aspekt der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern bieten auch die Chance einer frühkindlichen Förderung, wie sie in vielen Familien so nicht gegeben sind. Die unterschiedlichen Profile der Kindertagesstätten gewährleisten eine Angebotsvielfalt, die es in diesem Umfang in Städten von 70.000 bis 80.000 Einwohner wohl nur selten gibt. Mit der Kindertagesstätte Hofzwerge wird diese Palette vergrößert.

Rheine bemüht sich, um die Möglichkeiten des Ganztagsunterrichtes an den Grundschulen und an den weiterführenden Schulen anzubieten und zu verbessern. Diese Anstrengungen finden die ungeschmälerte Unterstützung durch die SPD-Fraktion. Wir wollen bis an die Belastbarkeitsgrenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung - sowohl in der Schulverwaltung, als auch bei den Planern, der Bauverwaltung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich des Kämmers - gehen. Wir sind auch bereit die finanziellen Möglichkeiten des städtischen Haushaltes voll auszuschöpfen. Die von Baumaßnahmen betroffenen Mitglieder der Schulgemeinden haben ebenfalls Erschwernisse während der jeweiligen Baumaßnahmen zu erdulden. Diese Nebenwirkungen sind lästig und unangenehm, bei der Gewichtung der angestrebten Ziele der Angebotsverbesserungen der jeweiligen Schule, dem Aspekt der energetischen Optimierung und der Werterhaltung des Schulgebäudes sind sie nicht nur vertretbar, sondern notwendig. Wir stehen deshalb zu den Plänen, sei es am Kopernikus-Gymnasium, an der Don-Bosco-Schule oder einer sonstigen Schule.

Für die Schullandschaft gibt es nach unserer Überzeugung aber noch erhebliches zu tun. Im vergangenen Jahr haben wir zunächst Kritik bekommen, als wir auf die Situation an der Euregio-Schule hingewiesen haben. Nach der anfänglichen Kritik kam es dann zu einvernehmlichen Beschlüssen, an der Euregio-Gesamtschule einen sechsten Zug ein zu richten. Die Anmeldezahlen für die Euregio-Gesamtschule liegen erneut über den Kapazitäten. Die SPD-Fraktion ist nach wie vor davon überzeugt, dass der Elternwille bei der Wahl der weiterführenden Schule stärker berücksichtigt werden muss. Aus diesem Grund beantragen wir einen entsprechenden Tagesordnungspunkt für die nächste Schulausschusssitzung. Jedes Kind muss die Möglichkeit eröffnet bekommen, die seinen Fähigkeiten entsprechende Schule zu besuchen.

Die Bemühungen in Düsseldorf eine staatliche Fachhochschule oder eine entsprechende Abteilung einer bereits bestehenden Fachhochschule in Rheine zu etablieren sind leider gescheitert. Auch die aus dem Kreis Steinfurt stammenden Landtagsangehörigen der CDU und damit Mitglieder einer die Landesregierung tragende Fraktion, konnten eine Entscheidung pro Rheine nicht erreichen. Dies ist bedauerlich, insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Vorfeld Unterstützungssignale kamen, u. a. auch vom Regierungspräsidenten in Münster. Hinzu kommt, dass das nördliche Münsterland keine Konzentration an Fachhochschulstandorten aufweist, wie einige andere Landesteile. Umso mehr freuen wir uns, dass durch das Engagement der Mathias-Stiftung Rheine bald Standort einer privaten Fachhochschule sein wird. Die SPD-Fraktion wird diese Fachhochschule mit allen rechtlich zulässigen Mitteln unterstützen und fördern.

Die Möglichkeiten der Weiterbildung nach der Schulzeit sind in Rheine offensichtlich auf einem guten Weg. Durch die gemeinsame Verwaltungsarbeit bei der Volkshochschule und der Musikschule wurden finanzielle Ressourcen gebündelt und Synergieeffekte gehoben. Das neue gesamte Weiterbildungsangebot im Josef-Winckler-Zentrum verstärkt nach unserer Ansicht diese Wirkungen.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates

meine Damen und Herrn,

nicht mit jeder Vorstellung zu Gestaltung unserer Stadt und den Bedingungen in denen die Menschen in unserer Stadt leben konnten wir uns durchsetzen. Wir sind aber der Auffassung, dass wir immer wieder die politische Mehrheit in den Ausschüssen und im Rat nach einer gewissen Zeit überzeugen konnten Schritte in die von uns für sinnvoll betrachtete Richtung zu gehen

Aus diesem Grund können wir dem vorgelegten Haushalt mit den im Bratungsprozess vorgenommenen Änderungen zustimmen.